

Gemeinde fordert Gutachten

Ablehnende Stellungnahme zum Antrag der Gebrüder Schmidt in Herzfelde

Von MARGRIT HÖFER

Herzfelde (MOZ) Wie erwartet, reagiert die Gemeinde Rüdersdorf abschlägig auf den Antrag der Gebrüder Schmidt/BVO, zum Verfüllen der Tonlöcher mit Z 1- statt mit Z 0-Material.

Anerkennendes Klopfen bekam Sabine Löser aus der Gemeindeverwaltung aus den Reihen der Mitglieder des Umweltausschusses und zahlreicher Vertreter der Bürgerinitiative Gesund leben am Stienitzsee. Auf sechs Seiten hat sie die Stellungnahme der Verwaltung zum Antrag der Firma Gebrüder Schmidt zum Abschlussbetriebsplan zusammengefasst. Und die fiel erwartungsgemäß abschlägig aus. Das Unternehmen will in Herzfelde u. a. statt bisher Z 0-Material Z 1-Material einbauen, solches, das auch für die Dammschüttung der Ortsumgebung Herzfelde vom Landesbetrieb genutzt wurde. Dieser Damm durch-

schneidet die Tongrube, um die es geht.

Als Einwendungen trug Sabine Löser unter anderem vor, dass die Beeinflussung der Qualität des Grundwassers unzureichend geklärt sei. Deshalb fordert die Gemeinde „den gutachterlich belegten, sicheren Ausschluss eines negativen Einflusses von Z 1-Material auf das Grundwasser“.

Die Gemeinde schlägt vor, dass geprüft wird, ob mit der Dammschüttung für die Ortsumgebung mit Z 1-Material gegen die Festlegungen des gültigen Abschlussbetriebsplans verstoßen wurde. Es wird aber gleichzeitig betont, dass nur, weil dort dieses andere Material benutzt wurde, keine Rechtsgrundlage entstände, nun auch die Tonlöcher damit zu verfüllen. An mehreren Stellen werden Zweifel aufgeführt, dass es nicht doch dazu kommen könnte, dass zum

Beispiel Mineralsalze ins Grundwasser gelangen. Die Gemeinde fordert deshalb eine Umweltverträglichkeitsprüfung, sollte das Bergamt dem Antrag der Gebrüder Schmidt zustimmen.

In der Stellungnahme, die kommenden Donnerstag dem Hauptausschuss vorgelegt und am Freitag fristgerecht ans Bergamt gemailt werden soll, wird

auch auf die Feinstaubbelastung in Herzfelde eingegangen. Es wird befürchtet, dass bei einer Genehmigung noch mehr Lkw als bisher

Material anfahren, sich das Aufkommen sogar verdreifacht. „Die Gemeinde Rüdersdorf fordert im Verfahren ein Verkehrsgutachten und ein Luftschadgutachten zu den zu erwartenden Feinstaubbelastungen ...“ Der dort aufgestellte Messcontainer belege eindeutig, dass „hier die höchste Konzentration an Feinstaub auf Brandenburgs Straßen

gemessen wird“. Wie sich das Ganze nach der Eröffnung der Ortsumgebung entwickle, sei offen. Befürchtet wird, dass Lkw-Mautflüchtlinge weiter durch den kleinen Ort fahren.

Weiter wird von der Gemeinde gefordert, dass das Unternehmen Gebrüder Schmidt verpflichtet wird, an der Grundwasserhaltung mitzuwirken. Zwar gebe es im Zusammenhang mit dem Bau der Ortsumgebung ein hydrologisches Gutachten. Dieses aber gebe es nicht für die Zeit nach dem Verfüllen des Tonloches. Ein solches Gutachten fordert die Gemeinde vom Antragsteller ein.

Gleichzeitig wird vorsorglich darauf hingewiesen, dass die Gemeinde ablehnend dem von der HKV vorgeschlagenen Abfallberg an der Strausberger Straße gegenübersteht. Eine Änderung des Flächennutzungsplanes dürfe nicht erwartet werden, außerdem widerspräche diese Idee dem Leitbild der Gemeinde. Letztere sei am Erhalt der entstandenen Biotopie interessiert.

**Vorsorglicher Hinweis:
Auch der angedachte
Berg passt nicht
in das Leitbild**